

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

der 2008 verstorbene Harvard-Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington machte den Begriff des „Davos-Mann“ populär. Er beschrieb damit eine neue „Elite von Globalisierungsjüngern“, die sich zu Beginn jedes Jahres regelmäßig auf den Davoser Treffen des Weltwirtschaftsforums WEF begegneten und die Grundzüge der von ihnen angestrebten „neuen Welt“ immer klarer definierten. Es ging ihnen in erster Linie darum, nationale Grenzen abzuschaufen und das Primat der Politik durch den Markt zu ersetzen.

In Huntingtons Todesjahr setzte jedoch mit der weltweiten Finanzmarktkrise eine Gegenbewegung ein, bei der die Wirtschaft wieder zunehmend durch die Politik geregelt und kontrolliert wurde. Es war ein Trend, der 2016 mit dem Brexit-Referendum seinen einstweiligen Höhepunkt erreichte. Bei dem Corona-bedingt in diesem Frühjahr abgehaltenen WEF-Treffen mußten die versammelten „Davos-Männer“ (zu denen natürlich auch Frauen zählen) nun eine von ihnen kaum mehr erwartete Rückkehr der Geopolitik zur Kenntnis nehmen. Das Treffen stand denn auch unter dem Motto „Geschichte am Wendepunkt“ und statt offiziell weiter über ihre Vision einer „Eine-Welt-Politik“ nachzudenken, konzentrierten sich auch die WEF-Teilnehmer diesmal auf den gegenwärtigen Ukraine-Krieg und dessen mögliche Folgen, direkte und indirekte gleichermaßen.

Tatsächlich mußten die WEF-Teilnehmer feststellen, daß inzwischen kein einziger Aspekt der bisher angestrebten Globalisierung von den Auswirkungen neuer geopolitischer Konflikte verschont geblieben ist. Es geht dabei um mögliche Konfrontationen zwischen Russland und „dem Westen“, zwischen China und „dem Westen“ und zwischen China und seinen direkten und indirekten Anrainerstaaten. Und man kam nicht umhin, sich nun auch mit Problemen zu beschäftigen (Lebensmittelknappheit, Inflation und Energiekrise), die uns zwar seit Jahren drohen, aber von den „großen“ Medien bisher eher verschwiegen, wenn nicht gar geleugnet wurden.

Auf einem Podium zur Migrationsfrage ging es im Gegensatz zu früheren Treffen bezeichnenderweise kaum um praktische Fragen wie z.B. mögliche Qualifizierungsmaßnahmen, sondern um den Mißbrauch der Migration als Waffe. Vertreter der Ukraine verdächtigten in diesem Zusammenhang den russischen Präsidenten Wladimir Putin, mit dem aktuellen Ukraine-Krieg auch einen Flüchtlingsstrom erzeugen zu wollen, der zu einem „Zusammenbruch Europas“ führen könnte. Daß der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seit Jahren ebenfalls mit angedrohten Flüchtlingsströmen „arbeitet“, blieb dabei leider unerwähnt . . .

Insgesamt gesehen war vor allem die Angst vieler Teilnehmer vor einem neuen Kalten Krieg unverkennbar. Sie bezogen ihre Sorge dabei im Regelfall nicht nur auf das zukünftige Verhältnis zwischen den westlichen Staaten unter Führung der USA und Russland, sondern ausdrücklich auch auf die neue Rolle der Volksrepublik China. Für den „Davos-Mann“ und dessen Glaube an die Globalisierung ist damit ganz klar ein „Rückschritt“ verbunden. Die Geopolitik hat auf unabsehbare Zeit wieder die Oberhand gewonnen, Globalisierungsfragen werden offiziell derzeit kaum mehr diskutiert.

Doch bedeutet dies auch das Ende des „Davos-Mannes“, das Ende jedes Strebens nach einer „Einheitsregierung“ mit dem „Great Reset“, bei dem es – ginge es nach dem WEF-Gründer Klaus Schwab – kein Privateigentum mehr geben soll? Zweifel bleiben angebracht. Schließlich zählen zu den „Schwab-Getreuen“ auch zahlreiche Politiker bis in die ersten Reihen hinein! (tb)

2 **Strafprozess gegen Hillary Clinton könnte langjährige Haftstrafe ergeben**

Der Sonderermittler John Durham hat mittlerweile auch gegen Hillary Clinton für einen Strafprozess ausreichendes, sie stark belastendes Material zusammengestellt. Hillary Clinton darf also verdächtigt werden, die gegen den damaligen US-Präsidenten Donald Trump gerichtete „Russiagate-Affäre“ veranlasst zu haben, obwohl sie wusste, daß diese in ihrem Kern frei erfunden und erlogen war. Enge Vertraute von Hillary Clinton, die zentrale Funktionen im FBI und der CIA innehatten, strengten damals Ermittlungen gegen den amtierenden Präsidenten Donald Trump an und beriefen sich dabei auf eine angebliche CIA-Quelle. Maßgeblicher Koordinator war aktuellen eidesstattlichen Aussagen zur Folge der Anwalt und Finanzakrobat der Clinton-Kampagne Michael Sussmann. Dieser versuchte, sich seiner eigenen Befragung unter Eid zu entziehen, indem er sich auf ein angebliches Mandatsverhältnis berief. Nachdem dieser Versuch, den Prozess zu sabotieren gescheitert war, hat der ehemalige Wahlkampfleiter von Hillary Clinton nun aber – salopp formuliert – ausgepackt, um für sich selbst möglichst noch eine Strafminderung zu erreichen. Demnach hat Hillary Clinton selbst und wissentlich eine weitgehend auf Lügen basierende Kampagne gegen Donald Trump lostreten lassen.

Interessant und beschämend zugleich ist, daß in den „Jedermann-Medien“ so gut wie nichts von diesem wohl größten und schwerwiegendsten Politprozess der US-Geschichte zu hören oder zu lesen war und ist. Schließlich ist die Instrumentalisierung der US-Sicherheitsbehörden mit dem Ziel, einen amtierenden Präsidenten aus dem Amt zu „putschen“, kein Kavaliersdelikt, sondern mit mindestens langjährigen Haftstrafen strafbewehrt. (eh)

3 US-Militär gesteht Cyber-Angriff auf Russland

Der Leiter des US-Cyberkommandos, Paul Nakasone, erklärte in einem Interview bei „Sky News“, daß die USA Russland bereits im Cyber-Space angegriffen haben. Die Angriffe seien sowohl offensiv als auch defensiv erfolgt. Auf die Frage des Reporters, ob dies nicht im Gegensatz zu der offiziell erklärten Position von US-Präsident Joe Biden stehe, reagierte der Militär mit dem Hinweis, „daß sie (die Politik, die Red.) dies einfach anders sehen“ würden.

Diese Entwicklung ist vor allem vor dem Hintergrund erstaunlich, daß die USA vor wenigen Jahren (im Zusammenhang mit einer angeblichen Einmischung Russlands in US-Wahlen) Cyber-Angriffe auf die USA auf die gleiche Stufe wie jeden übrigen militärischen Angriff gestellt hatten. Im „offiziellen“ Washington betrachtet man seitdem Cyber-Angriffe auf die USA als Kriegshandlung. Warum dies im umgekehrten Fall nicht so sein soll, bliebe wohl noch zu erläutern.

Im Ergebnis haben die USA Russland also bereits im Cyber-Space angegriffen, und dies lange bevor sie jetzt z.B. der Ukraine Waffen, Ausbilder und die entscheidenden militärischen Hilfestellungen, wie z. B. Artillerieeinweisung über Aufklärungsunterstützung im Krieg gegen Russland, bereitgestellt hatten. Die USA befinden sich damit schon seit längerem in einem Krieg mit Russland. Daß sich nun große Teile auch der deutschen Politik – allen voran die Grünen – in diesen Krieg aktiv „hineinzudrängen“ wünschen, ist angesichts der dadurch stark wachsenden Kriegsgefahr auch auf dem eurasischen Kontinent beängstigend und wird von manchen Beobachtern als skandalös empfunden. (eh)

4 Geplante Affenpocken-Pandemie mit alten Bildern?

Bereits 2021 wurde auf einem der weltweit wichtigsten virologischen Kongresse in München zum Thema „neueste Forschungen in Zusammenhang mit biologischen Erregern“ angekündigt, daß im Mai 2022 voraussichtlich eine Affenpocken-Pandemie ausbrechen könnte. Wie bereits vor der Corona-Pandemie erfolgten offenbar die wesentlichen Forschungsvorhaben im Bio(waffen)labor in Wuhan mit finanzieller Unterstützung durch das US-Gesundheitsministerium und das Pentagon. So war es jedenfalls für geraume Zeit auf offiziellen Internetseiten der US-Regierung zu lesen.

Diesmal ist jedoch die politische Agenda etwas klarer ersichtlich: Die weitgehend privat finanzierte und damit nur scheinöffentliche WHO (Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen) soll jetzt per „Pandemievertrag“ mit möglichst vielen UN-Mitgliedsstaaten hoheitliche Befugnisse übertragen bekommen, die bis hin zum Entzug der Freiheitsrechte der Bürger in den jeweiligen Ländern reichen können. Kritiker sehen darin eine unmittelbare Vorstufe zu weiteren Kompetenzübertragungen von nationalen Parlamenten an private Organisationen. So, wie es auch dem „Oligarchenclub um Klaus Schwab in Davos“ (Weltwirtschaftsforum) schon seit einigen Jahren vorschwebt.

Interessant ist die jüngst medial aufgebaute Hysterie im Zusammenhang mit der schwer übertragbaren und in ihrer Grundform (vor einer mutmaßlichen Bearbeitung im Biowaffenlabor) seit mehr als 10 Jahren umlaufenden Affenpocken-Krankheit. Einige Bilder der aktuellen Kampagne sind tatsächlich mehr als 10 Jahre alt: So hat CNN am 21.05.2022 Bilder über den Ausbruch der Affenpocken-Pandemie verwendet, die am 21.12.2010 (!) in einem anderen Zusammenhang schon einmal Verwendung gefunden hatten.

Noch eigenartiger mutet die neue Pandemie im Hinblick auf die „Gegenmaßnahmen“ an. Nachdem zunächst bestätigt worden war, daß sich die Krankheit nur durch den Austausch von Körperflüssigkeit überträgt und eine breit angelegte Impfkampagne schon von daher kaum Sinn hätte, wurde wenig später bekannt, daß das Bundesgesundheitsministerium unter Karl Lauterbach (SPD) angeblich bereits Impfdosen für über 600 Mio. Euro geordert habe. Dies erstaunt umso mehr, wenn man weiß, daß die meisten führenden Forscher dem verfügbaren Serum praktisch keine Wirkung speziell gegenüber den Affenpocken zusprachen.

Noch interessanter wird die geradezu schwindelerregende Affenpocken-Geschichte vor dem Hintergrund der am 2. November in den USA anstehenden Zwischenwahl, für welche die Sozialisten von Joe Biden mit einer fast sicheren Wahlniederlage rechnen. Soll es bis dahin zu einem neuen Lockdown kommen, der wieder einmal die Briefwahl in den USA ermöglicht? Wie der beeindruckende Dokumentarfilm „2000 Maulesel“ nahelegt, dürfte eine verbreitete Briefwahl schon bei der Präsidentschaftswahl 2020 diversen Wahlbetrugsmöglichkeiten Tür und Tor geöffnet haben. Jetzt stellt sich daher die Frage, ob ein derartiges „Betrugs-Szenario“ auch für die am 2.11.2022 anstehenden „Midterm Elections“ organisiert werden soll?

Den allgemeinen Medien – die wohl über Affenpocken berichten, nicht aber über mögliche Zusammenhänge mit den Zwischenwahlen – kann man in diesem Zusammenhang leider nicht mehr trauen. Denn sie müssen praktisch weltweit entweder politischen Zensurbestimmungen folgen oder sie sind sogar aus eigenen finanziellen Interessen (Werbung und/oder Spenden) heraus an einer Verbreitung von „Pandemiehysterien“ interessiert. Vor diesem Hintergrund scheint eine Aufarbeitung der Zusammenhänge und Geschehnisse im Rahmen der Corona-Pandemie dringend erforderlich zu sein, um ähnliche Fehler nicht zu wiederholen. (eh)

5 Österreicher weiterhin gegen NATO-Beitritt

Während man sich in Schweden und Finnland immer intensiver mit dem Gedanken an eine eventuelle NATO-Mitgliedschaft befasst, lehnen in Österreich nach wie vor etwa 75 % der Bürger einen derartigen Schritt ab. Das ist zumindest das Ergebnis einer kürzlichen Umfrage des Instituts für Demoskopie und Datenanalyse. Auch bezüglich eines schnellen Beitritts der Ukraine zur Europäischen Union sind die Österreicher mehrheitlich skeptisch: 38 % sprachen sich dafür aus, 46 % dagegen und der Rest war unentschieden.

Daß Österreichs Neutralität das Land zu schützen vermag, denken laut Umfrage allerdings auch nur noch 52 % der Österreicher. Folgerichtig forderten mehr als 80 % der Befragten eine engere Abstimmung unter den EU-Staaten in wichtigen Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die meisten von ihnen denken dabei aber nicht an ein starres Verteidigungsbündnis, sondern würden eine einzelfallbezogene Zusammenarbeit (etwa bei der Luftraumüberwachung, der Entwicklung gemeinsamer Militär-Beschaffungsstandards oder der Cyber-Verteidigung) vorziehen. (tb)

6 Neue persönliche Komponente im türkisch-griechischen Dauerstreit

Im Dauer-Disput mit der Türkei hat Griechenland jetzt die Vereinten Nationen eingeschaltet, weil türkische Kampfbomber regelmäßig bewohnte griechische Mittelmeerinseln überfliegen. Für Athen stellt die Türkei damit die Souveränität etlicher griechischer Inseln in der östlichen Ägäis (darunter auch beliebte Urlaubsziele wie Samos oder Rhodos) grundsätzlich in Frage. Die Türkei hält dem entgegen, daß Griechenland mit einer Militarisierung etlicher vor der türkischen Festlandküste gelegenen Inseln gegen die Verträge von Lausanne (1923) und Paris (1947) verstoßen und damit seine Souveränitätsrechte gewissermaßen selbst aufgegeben habe. Athen verweist im Gegenzug auf eine zunehmende militärische Präsenz auch der Türkei und auf das Recht jedes Staates auf Selbstverteidigung.

Der vorstehend beschriebene Konflikt ist nur eine Facette des seit vielen Jahrzehnten zwischen den beiden NATO-Ländern herrschenden Streits. Es geht u.a. um Erdgasvorkommen im Mittelmeer oder die enge militärische Zusammenarbeit Griechenlands mit den USA. Und kürzlich wurde der Streit um eine persönliche Komponente erweitert, als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan jeden Kontakt zu seinem griechischen Amtskollegen Kyriakos Mitsotakis unterband, weil dieser, so Erdogans Worte sinngemäß, für ihn nicht mehr existiere. (tb)

7 Risse in der NATO

Die Spannungen zwischen den NATO-Partnern Türkei, Griechenland und USA nehmen derzeit zu. Aktuell ist man in Washington z.B. nicht mit dem Beharren der Türkei auf einer weiteren Militäraktion im benachbarten Syrien einverstanden. Ankara möchte dort wieder einmal gegen Kräfte der PKK und insbesondere der Kurdenmiliz YPG vorgehen, wobei letztere gleichzeitig mit der US-Armee zusammenarbeitet, wenn es um den Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) geht. Und nicht gerade vertrauensfördernd wirkt auch die Tatsache, daß türkische Operationen vor allem im Westen Nordsyriens generell nur mit russischer Zustimmung stattfinden können. Für den Analysten Salim Cevik vom „Centrum für Türkeistudien“ in Berlin ist die Sache klar: „Erdogan sieht jetzt seine Chance, da Russland mit dem Krieg in der Ukraine beschäftigt ist. Und seine Vetokarte in der NATO nutzt er, um die USA zu Zugeständnissen auf syrischem Boden zu drängen.“

Auch seinen Ton gegenüber Griechenland hat Erdogan jetzt noch einmal verschärft. Er beschuldigte u.a. Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis, bei einem kürzlichen USA-Besuch versucht zu haben, den geplanten Verkauf von F16-Kampfflugzeugen an die Türkei zu blockieren. Die Liste der türkisch-griechischen Unstimmigkeiten wird damit immer länger und sie reicht nun von reinen Territorialfragen über unterschiedliche Ansichten in der Zypernfrage bis hin zu umstrittenen Waffenlieferungen.

Westliche Diplomaten gehen inzwischen davon aus, daß Erdogan die F16-Flugzeuglieferung zur Voraussetzung für die türkische Zustimmung zum NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands machen wird. Erdogan hat dabei ein schweres Pfund in der Hand, denn eine NATO-Erweiterung darf nur mit Zustimmung aller NATO-Partner erfolgen. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) forderte die Türkei kürzlich zur Zurückhaltung auf: „Der Bundeskanzler ist der Ansicht, daß es gerade angesichts der aktuellen Lage geboten ist, daß alle Verbündeten in der NATO zusammenstehen und Provokationen untereinander unterlassen“, so ein Regierungssprecher. Das von der Türkei kürzlich immer wieder praktizierte, widerrechtliche Eindringen „in den griechischen Luftraum und das Überfliegen von griechischen Inseln ist nicht in Ordnung, es erscheint kontraproduktiv und gegen den Geist der Allianz“ gerichtet, hieß es weiter. (tb)

8 Droht uns ein Blackout im Stromnetz?

Die Strom-Infrastruktur ist in Deutschland derart umgebaut worden, daß nicht mehr nur eine zentrale Stromproduktion stattfindet und über Stromnetze zum Endverbraucher transportiert wird. Heute sind auf regionaler Ebene viele sogenannte „regenerative“ Stromerzeuger (Windräder und Solarmodule) errichtet worden, die ihre Stromproduktion ebenfalls in das Stromnetz einspeisen. Um den Ausbau dieser dezentralen Stromproduktion zu fördern, zwang und zwingt die Politik die zentralen Stromproduzenten zur Abschaltung erst der Kernkraft- und dann der Kohlekraftwerke. Diese waren aber bisher für eine zuverlässige Abdeckung der Grundlast des Stromnetzes notwendig und dabei auch gut miteinander kombinierbar. Denn es kommt bei der Steuerung der Stromversorgung vor allem darauf an, die Wechselstromfrequenz von 50 Hertz (bei einer zeitweisen Abweichung von maximal +/- 2,5 Hertz) zu halten. Andernfalls drohen Schäden an manchen elektrischen Geräten. Mit berechenbar produzierenden Kernkraft-, Kohlekraft- und Gaskraftwerken (diese vor allem zur Abdeckung von Verbrauchsspitzen) gelang es der europäischen Stromwirtschaft über Jahrzehnte hinweg, für ein praktisch immer ausgeglichenes Verhältnis von Stromnachfrage und -angebot zu sorgen und damit die Netzfrequenz recht stabil zu halten.

Doch mit Beginn der „grünen“ Strompolitik etwa im Jahr 2000 und der damit verbundenen Abschaltung bisher verlässlicher Kraftwerke sind die zuvor kaum notwendigen Eingriffe in das Stromnetz (Abschaltungen einzelner Produzenten oder Verbraucher) exponentiell auf mittlerweile rund 7000 Fälle jährlich emporgeschwungen. Jeder dieser Eingriffe ist eine Notmaßnahme, um einen drohenden und weitflächigen Zusammenbruch des ganz Europa überziehenden Stromnetzes zu verhindern. Im Rahmen des europäischen Stromverbundes ist nämlich ganz Europa zu einer Art Schicksalsgemeinschaft geworden. Ein Störfall z.B. in Deutschland kann demnach europaweite Folgen bis hin zu einem Blackout auf dem ganzen Kontinent nach sich ziehen.

Von einem Blackout wird gesprochen, wenn das gesamte Stromnetz zusammenbricht und damit der Strom ausfällt. Bis zur Wiederherstellung einer vollständigen, normalen Stromversorgung können dann zwischen 2 Wochen und mehreren Monaten vergehen. Besonders und ihren weiteren Bestand gefährdend betroffen wären von einem derartigen Blackout kleine und mittlere Betriebe, die im Gegensatz zu den Großbetrieben meistens über keine oder keine ausreichende Notstromversorgung verfügen. Es sind mithin jene Teile der Wirtschaft, die im Sinne des „Reset“-Programms des WEF-Weltwirtschaftsforum-Gründers Klaus Schwab und seinen „Jüngern“ wie Annalena Baerbock, Robert Habeck, Christian Lindner, Friedrich Merz, der EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen mit ihrem sozialistischen Adjutanten Josep Borrell und auch Olaf Scholz als in Zukunft weitgehend unnötig eingestuft sind. Eine zumindest gedankliche Vorbereitung auf ein solches Ereignis ist deshalb angeraten. (eh)

9 EU-Schuldenregeln bleiben auch 2023 ausgesetzt

Als Reaktion auf die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges und der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland verfügte die EU-Kommission, die mit dem EU-Fiskalpakt eigentlich einhergehenden Schuldenregeln auch noch für das Jahr 2023 auszusetzen. Einer weiterhin massiv steigenden Staatsverschuldung ist damit Tür und Tor geöffnet. Eine fast grenzenlose Kreditfinanzierung bleibt z.B. möglich für öffentliche Investitionen und/oder Entlastungsprogramme gegen beispielsweise stark steigende Energiekosten. Weil den stetig sinkenden Wachstumsprognosen genauso steigende Inflationsraten gegenüberstehen, sah sich die EU-Kommission aber gleichermaßen beflößigt, die Mitgliedsstaaten zu einer „umsichtigen Fiskalpolitik“ aufzurufen, weil in der gegenwärtigen Situation keine großen Konjunkturpakete mehr „gerechtfertigt“ seien. Noch vor Jahresfrist, als exorbitant gestiegene Geldmengen bei den meisten kritischen Ökonomen erhebliche Inflationsängste aufkommen ließen, tat man in Brüssel die damit verbundenen Warnungen noch als gegenstandslos ab . . .

Die zunächst für ein weiteres Jahr verlängerte „allgemeine Ausweichklausel“ senkt darüber hinaus den politischen Druck, sich in der durchaus umstrittenen Frage einer grundsätzlichen Reform der EU-Schuldenregeln zeitnah einigen zu müssen. Zu unterschiedlich sind die Vorstellungen einzelner EU-Staaten, wenn es um die konkrete Ausgestaltung der für die nächsten Jahre geltenden Schuldenregeln geht. Während sich die Vertreter der eher „sparsamen“ Länder wie Österreich, Schweden oder auch Lettland gegen jede Aufweichung der bestehenden Regeln wenden, plädieren z.B. Frankreich und Italien für einen deutlich größeren fiskalischen Spielraum, wenn es um „Investitionen“ geht.

Für Deutschland erklärte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), daß Deutschland für das Jahr 2023 von den Schulden-Erleichterungen der „Ausweichklausel“ keinen Gebrauch mehr machen wolle. „Wir müssen die Sucht nach immer mehr Verschuldung stoppen“, sagte der Minister. Und er ließ gleichzeitig durchblicken, daß die erste Priorität fiskalischen Handelns nunmehr in der Inflationsbekämpfung liegen müsse. Lindner ist damit programmatisch wieder in der Zeit vor der Bundestagswahl letzten Jahres angekommen, als er noch für den Fall einer Regierungs-Mitverantwortung der FDP eine wieder solide Haushaltspolitik versprochen hatte. Ohne Lindner persönlich zu nahe treten zu wollen, geben deshalb kritische Beobachter zu bedenken, daß auch die Haushaltspolitik des Jahres 2023 von – wieder schuldentreibenden – Einflüssen begleitet sein könnte, die heute noch in keiner Weise absehbar sind. Für die Geldwertstabilität sind dies keine guten Voraussetzungen. (tb)

10 „Alarmstufe Rot“

Während die Welt geschockt auf den Ukraine-Krieg blickt, treibt die Volksrepublik China ihre Expansionspolitik in aller Stille kräftig voran. Dies meint zumindest der Fernost-Experte Alexander Görlach und er begründet diese Vermutung in seinem neuen Buch **„Alarmstufe Rot – Wie Chinas aggressive Außenpolitik im Pazifik in einen globalen Krieg führt“**. Der von Chinas noch unumstrittenem Herrscher Xi Jinping erdachte „chinesische Traum“ ist für Görlach der „Traum einer aggressiven Weltmacht“, wie es auch die jüngst bekannt gewordenen Fälle einer systematischen Unterdrückung der muslimischen Uiguren belegen.

Aus der Erfahrung mehrmonatiger Aufenthalte in Hongkong und auf Taiwan widmet sich Görlach in seinem neuen Buch zunächst dem gesellschaftspolitischen Zustand Chinas. Er zeichnet das Bild einer vom Totalitarismus geprägten Führung, von der die Bürger permanent überwacht und „erzogen“ werden. Es ist eine aggressive Politik gegen die eigenen Bürger, die sich – so lautet Görlachs große Sorge – auch auf die Außenpolitik übertragen wird.

Ein erstes Beispiel dieser Politik gibt es bereits in Hongkong zu betrachten. Internationale Verträge, mit denen u.a. Hongkongs Pluralität und Autonomie gesichert werden sollten, wischte Xi letztlich mit einem Handstreich zur Seite. Er bewies damit „eindrucksvoll“, für wie schwach er „den Westen“ hält und signalisierte seinen Anhängern den unbedingten Willen, China zu „alter Pracht“ zurückzuführen. Der nächste logische Schritt wäre nach Görlachs Überzeugung jetzt ein Angriff auf Taiwan, um dieses zurück ins angebliche Mutterland zu holen.

Doch damit nicht genug – Chinas Pläne dürften weit über Taiwan hinausreichen. Japan, Südkorea oder auch die Philippinen: Peking könnte sich laut Görlach danach einen Staat nach dem anderen vorknöpfen. Schon jetzt verfügt das Land schließlich über eine paramilitärische Fischerflotte und es läßt keine Gelegenheit aus, jede auch nur greifbare Insel, jedes Riff mit einer Art „Stützpunkt“ zu überbauen. Welchem Ziel kann dieses Gebaren wohl dienen, wenn nicht dem, sich als eine expansive, den Pazifik beherrschende militärische Macht zu etablieren, fragt Görlach.

Besondere Sorgen bereitet Görlach die offenbare Tatsache, daß Pekings Großmachtambitionen in den westlichen Ländern noch nicht als solche wahrgenommen werden. Dies mag aktuell mit dem Ukraine-Konflikt zusammenhängen, es scheint laut Görlach jedoch grundsätzlich das Ergebnis einer gewissen „Denkfaulheit“ zu sein, die einer ganzheitlichen Betrachtungsweise im Wege stehe. Vielleicht, mögen Görlachs Kritiker einwenden, könnten klare Verteidigungsgarantien etwa der USA für Taiwan einen chinesischen Angriff tatsächlich auf Dauer verhindern und damit den Warner zum Alarmisten machen. Doch darum geht es gar nicht. Es geht um den Hinweis, die autoritären Führer dieser Welt endlich wieder beim Wort zu nehmen. Und es geht im Falle Chinas darum, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft außen wie innen ganzheitlich zu betrachten und zu analysieren, wozu auch eine Einbeziehung der Anrainerstaaten zählt.

„Alarmstufe Rot“ (240 Seiten) kann ab sofort über unseren Buchdienst für 24,00 € zgl. 2,95 € Versandkostenpauschale bezogen werden (versandkostenfrei im Inland ab einem Warenbestellwert von 40,00 €). Bitte richten Sie Ihre freundliche Bestellung an Verlag Arbeit und Wirtschaft OHG, Postfach 1251, D-27315 Hoya/Weser, Tel.: 0 42 51/5 61, Fax: 0 42 51/30 70, E-Mail: buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de. Oder besuchen Sie uns gleich im Internet unter www.wunschbuecher.de, wo wir dieses Buch und viele weitere interessante Angebote für Sie zur bequemen Bestellung bereithalten. (tb)

11 Für Sie aufgelesen:

„Von allen Stoffwechselerkrankungen ist die Mode die charmanteste.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggmann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.